

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

28.10.1927 (No. 251)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. Mend. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abschaltung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Das Hauptemnis, das eine Gesundung der deutschen Wirtschaft immer wieder aufhält, sind die steigenden Tribute an die Reparationsgläubiger. Beständen sie nicht, dann würde die Lebenshaltung des deutschen Volkes viel leichter sich verbessern lassen. Unsere Arbeit wäre nicht in dem jetzigen Maße sozusagen Leerlauf für das Ausland, dem wir schließlich jährlich 2 1/2 Milliarden RM aus den Erträgen dieser Arbeit abgeben sollen. Die gegenwärtigen finanzpolitischen Schwierigkeiten des Reichs beruhen vor allem auf diesem Umstand. Der Reparationsagent ist mit der deutschen Finanzgebarung nicht zufrieden, weil er fürchtet, nicht genug Reparationsgelder abführen zu können. Wir sind somit nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich unfrei, und nicht nur die großen Steuerzahler und unsere ganze Produktion, sondern auch die Lohn- und Gehaltsempfänger bekommen das zu fühlen. Unsere Volkswirtschaft kann nicht reicher werden, und nicht recht gefunden, weil man ihr immer wieder das Blut entzieht.

Auch die Kapitalbildung im Inland wird durch die Tribute an das Ausland unterbunden, wir müssen immer wieder zu drückenden Zinsen Kapital aus dem Ausland hereinnehmen, was die Rentabilität unserer Wirtschaft naturgemäß beeinträchtigt. Wenn wir gleiche hohe Zinsen an das Inland zahlen müßten, wäre dies trotzdem etwas ganz anderes, denn in größerem Umfang kämen diese Zinsen wieder dem Inlandsabatz und dem Inlandskonsum und auch neuer Kapitalbildung im Inland zugute. Das deutsche Volk könnte viel rascher wirtschaftlich emporkommen, wenn ihm die Erträge seiner Arbeit nicht dauernd fortgenommen würden. Diesen Zusammenhängen muß ins Auge gefaßt werden, und es ist ein Fehler, wenn sie — wie das dauernd geschieht — in den Rundgebungen der Erwerbsgruppen und öffentlichen Debatten beiseite gestellt werden. Der Reparationsagent hat sie unfehlbar wieder einmal vor uns hingestellt. Vorerst haben wir keine Möglichkeiten, uns den Tribut zu entziehen. Wir müssen sie also bei allen Entschlüssen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet dauernd in Rechnung stellen.

Die Reparationsfrage wird die wichtigste finanzpolitische Frage, vielleicht die wichtigste Frage der deutschen Politik überhaupt, bis auf weiteres bleiben, sie ist untrennbar von den anderen deutschen Finanzproblemen. Der Reparationsagent hat die deutsche Finanzpolitik schon in seinem im Juni an den Reparationsgläubiger abgegebenen Bericht als „undurchsichtig“ kritisiert und ist nun einen Schritt weiter gegangen. Er hat erklärt, daß bei Fortsetzung der bisherigen Anleihepolitik und der Befassung des Etats mit durch Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben — wobei er auf die vorliegenden Gesetze: Befoldungsreform, Schulgesetz, Liquidationsschadengesetz anspielt — Deutschland in kommenden Jahr nicht in der Lage sein würde, seinen Reparationsverpflichtungen zu entsprechen. Noch deutlicher wurden amerikanische Blätter, in denen zu lesen war, daß Deutschland eine Sabotage der Reparationen treibe. Mit anderen Worten: „Erst Reparationen, dann vielleicht Verbesserung des Lebensstandards des deutschen Volkes und Entschädigung der Kriegsoffer!“ Es hat gar keinen Zweck, künstliche Konstruktionen darüber aufzustellen, daß keine Einmischung in die deutsche Innenpolitik sei.

Die Folge dieser Schritte ist, daß die Finanzlage des Reichs auf breiter Basis vor der Öffentlichkeit nun aufs Neue erörtert wird. Vorgestern und gestern wurden von Regierungsseite ausführliche Mitteilungen darüber im Haushaltsauschuß des Reichstags gemacht. Zuerst sprach der Reichsfinanzminister, der die Kostendeckung für die neuen Gesetze gesichert hielt, falls nicht eine katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage eintrete. Vorsichtig sprach sich der Reichswirtschaftsminister aus, der annähernd die Zuerstfüt Dr. Köhlers teilt, während der Reichsbankpräsident allerdings, u. a. in der Beurteilung unserer Verschuldung an das Ausland, mit Dr. Curtius differiert. Der Auschuß hat sich diese Feststellungen als Grundlagen für seine weiteren Beratungen und Entschlüsse geben lassen. Von der Gestaltung der Konjunktur wird es abhängen, ob Steuererhöhungen zu vermeiden sind. Die Frage allerdings, wie sich die Kostendeckung in den Ländern und Gemeinden gestaltet, ist noch völlig ungeklärt. Von dem allerseits als dringend wünschenswert bezeichneten Abbau der Steuern hört man so gut wie nichts mehr.

Berliner Tagesbericht

Das Reichskabinett und die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen — Die deutsche Auslandsausbildung — Geldwert und Währung — Die Besprechungen der Regierungsparteien — Ein neues Amt?

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

M. Berlin, 28. Okt. (Priv.-Tel.)

Das amtliche Komunique, das gestern über die Kabinettbesprechung der Reichsregierung ausgegeben wurde, hat zu mancherlei Deutungen Anlaß gegeben. Von zuständiger Stelle wird uns allerdings versichert, daß sie falsch sind. Lediglich die Tatsache, daß man sich zuvor mit anderen Fragen hat beschäftigen müssen, sei die Ursache dafür gewesen, daß über die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen keine Beschlüsse gefaßt sind. Voraussichtlich wird das in den nächsten Tagen nicht der Fall sein, da sich der Reichskanzler heute in das Rheinland begibt und erst am Dienstag oder Mittwoch zurückkehrt. Erst dann soll eine neue Kabinettsitzung stattfinden, in der die Frage endgültig geklärt wird.

Inzwischen dürfte der Reichsaußenminister Dr. Stresemann mit dem polnischen Gesandten in Berlin, Ossowski, Unterredungen haben, die sich auf diese Frage beziehen. Trotzdem bleibt natürlich ein Fragezeichen bestehen. Wenn man gestern abend nicht zu einem Ergebnis kam, so lag das eben daran, daß die Auffassungen innerhalb der Reichsregierung, wie wir schon wiederholt angedeutet haben, keine einheitlichen sind. Namentlich der Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister Schiele nimmt einen andern Standpunkt ein als die Herren Stresemann und Curtius. Wahrscheinlich hat man gestern, bevor man sich der polnischen Frage zuwendete, sich auch über die Kredite für Rußland ausgesprochen. Neue Auszahlungskredite kommen demnach nicht in Betracht, was sich auch angesichts der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den Sowjets und uns genügend erklären läßt.

Biel bemerkenswerter waren noch die Auseinandersetzungen im Haushaltsauschuß. Sie haben ein ziemlich klares Bild über die Stimmungen und Meinungen der in Betracht kommenden Faktoren ergeben. Man erlah aus den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, daß er im wesentlichen den Optimismus Dr. Köhlers teilt, daß er weder die Verschuldung Deutschlands an das Ausland sehr hoch einschätzt im Verhältnis zu den Realwerten, über die wir verfügen, noch daß er ernste Besorgnisse für eine ungünstige Konjunktur sieht. Dr. Schacht hat ganz anders gesprochen. Der Reichsbankpräsident hat zunächst die Verschuldung Deutschlands erheblich höher angegeben. Sie ist nicht weit von 10 Milliarden entfernt, was bei den hohen Zinssätzen, die wir zahlen müssen, eine Jahresbelastung von 700 Millionen bedeutet. Sieht man den Etat zum Vergleich heran, so bekommt man, da er etwas über 5 Milliarden umfaßt, eine ziemlich klare Vorstellung von der Last, die wir damit auf uns geladen haben. Schacht hat bei dieser Gelegenheit auch das Problem der Anleihen der Kommunen gestreift. Vielleicht kann man hier einen kleinen Rückzug feststellen. Er war nicht mehr so scharf wie früher, hat aber an dem Standpunkt theoretisch festgehalten, daß Auslandsanleihen der Kommunen nur für produktive Zwecke gegeben werden dürfen. Es fragt sich freilich immer, was man unter produktiven Zwecken versteht.

Das wichtigste waren die Erklärungen Schachts, daß eine neue Inflation ausgeschlossen sei, so lange die Reichsbank unabhängig bleibe. Diese Erklärung ist notwendig gewesen, weil im Publikum Gerüchte umliefen, die zu einer leisen Paritätsummung geführt haben. Man sah in gewissen Kreisen Steigerungen eine Entwertung der Mark, was aber nichts mit Währungszerfall zu tun hat. Sinkende Kaufkraft der Währung ist in allen Ländern mit fester Währung zu erkennen, auch im reichsten Land der Welt, in Nordamerika. Schacht hat beide Fragen hintereinander kurz behandelt. Es war aber sehr angebracht, daß einmal von leitender Stelle aus dem deutschen Volk der Unterschied zwischen einer sinkenden Kaufkraft des Geldes, die durch Jahrhunderte hindurch, wenn auch sehr langsam unauffällig weiter geht, und einer Inflation durch Währungszerfall klar gemacht wurde.

Die Regierungsparteien haben gestern im Anschluß an die Ausführungen Schachts und Curtius eine Besprechung miteinander gehabt, wobei offenbar eine Übereinstimmung erzielt worden ist. Man will die äußerste Sparfamkeit üben, aber an den vorliegenden Gesetzentwürfen festhalten, auch am Reichsschulgesetz. In einem Blatt, das etwa zwischen der Volkspartei und den Deutschnationalen steht, finden sich allerdings Andeutungen, die darauf schließen lassen, daß in diesem Punkt keine vollkommene Übereinstimmung geherrscht hat. Was an dem Gerüde über eine Zwischensperson zwischen dem Reparationsagenten und unsern Aemtern ist, läßt sich noch nicht erkennen. Vielleicht denkt man an ein ähnliches Amt wie es von General Pawelz zwischen der interalliierten Militärkontrollkommission und der Reichsregierung ausgefüllt wurde. Hier liegen aber die Dinge wesentlich anders, da der Generalagent viel mehr Gelegenheit hat, mit Berlin Fühlung zu nehmen, als die Wirtschaftskonferenz, die in der Militärkontrollkommission maßgebend war.

Die Septemberhandelsbilanz zeigte eine ausgesprochene Besserung mit ihrer bedeutenden Steigerung der deutschen Ausfuhr, insbesondere der Fertigwarenausfuhr. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß die Bilanz mit einer Mehreinfuhr von Auslandswaren im Wert von 242 Mill. RM noch immer stark passiv ist. Nur wenn sich diese Entwicklung fortsetzen würde, hätten wir Aussicht, wieder zu einer aktiven Handelsbilanz zu gelangen, wobei es jedoch ausgeschlossen scheint, daß die Gesamtzahlen dieses Jahres ein derartiges Ergebnis zeigen werden. Trotz der lebhaften Inlandkonjunktur hat sich somit eine Steigerung des Exports ergeben, und so ist, da ja ein guter Inlandsabatz das Exportgeschäft zurückdrängt, schlechterer Inlandsabatz andererseits aber zur Forcierung des Exportgeschäftes geradezu zwingt, auch damit zu rechnen, daß vorläufig die Tendenz einer steigenden Ausfuhr anhält, zumal die in unseren ausländischen Absatzländern überall wahrzunehmende Besserung der Wirtschaftslage eine solche Entwicklung fördern muß. Wenn auch im September die Ausfuhr sich aus saisonbedingten Gründen zu heben pflegt, wird bezüglich dieser Septemberausfuhr doch festgestellt, daß die Steigerung stärker war.

Die Monatsbilanzen des deutschen Außenhandels sind nur Stichproben, die uns nur bedingt Anhaltspunkte für unsere Wirtschaftslage geben können. Diese aber ist weiter nicht leicht, auch was die Inlandkonjunktur anlangt, auch wenn man die Berichte der verschiedenen Organisationen als Berichte von Interessenten wertet. Allgemein wird über schlechte Preise und damit über geringe Gewinne geklagt, und es wird von einer Quantitätskonjunktur gesprochen, die noch lange nicht eine gesunde Konjunktur sein müsse. So führt der Landesverband der badischen Textilindustrie angesichts der neuen Lohnbewegung aus, daß die Industrie zwar voll beschäftigt sei, daß aber die Erträge nur teilweise günstig zu nennen seien, da das Ausland (Eisab) mit sehr niedrigen Preisen auf dem deutschen Inlandsmarkt aufträte. Die günstigeren Kaufmöglichkeiten im Ausland hielten auch die deutschen Käufer zurück, und so ist der Auftragsingang für das 1. Vierteljahr 1928 noch gering, so daß man mit einer starken Einschränkung der Beschäftigung im Frühjahr rechnen müsse.

Trotz mancher erfreulicher Erscheinungen und Erleichterungen der Lebensbedingungen ist die deutsche Wirtschaft offenbar noch lange nicht über dem Berg. Man denke nur an die durch die qualitativ schlechte Ernte in neue Schwierigkeiten geratene Landwirtschaft. Gewiß stehen einzelne Produktionszweige und Unternehmungen heute recht günstig da, aber diese erfreuliche Feststellung kann eben leider nicht allgemein getroffen werden, und so bleibt es weiter eine schwere volkswirtschaftliche Aufgabe, mit den vorhandenen beschränkten Mitteln, dem deutschen Volke eine einigermaßen erträgliche Lebenshaltung zu schaffen.

Der Braunkohlenstreik ist beendet und die bisher am schlechtesten bezahlten deutschen Bergarbeiter in Mitteldeutschland haben eine etwa zehnprozentige Aufbesserung ihrer Löhne erzielt. Gleich aber erhob sich die Frage, welche Rückwirkungen daraus entstehen, ob nun eine Verteuerung der Preise eines so wichtigen Grundproduktes wie der Kohlen kommen muß, die wieder eine Erschwerung des allgemeinen Lebensstandards herbeiführen müßten. Die wichtige Frage, ob der Verdienst des Kohlenhandels nicht zu groß sei und ob nicht auch durch eine Verkürzung der Handelspanne eine Preisverteuerung als Folge der Lohnerhöhung vermieden werden könne, scheint noch nicht geklärt und bedarf der Unterjudung. Auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministers soll eine Kommission die Preislage prüfen und die Möglichkeiten unterjuden, die durch die Lohnerhöhungen entstandenen Mehrbelastungen ohne Erhöhungen der Verbraucherpreise auszugleichen.

Die Lage in Rumänien. Die Garnison in Siebenbürgen soll Befehl erhalten haben, für den 1. November zu mobilisieren, wenn die nationale Bauernpartei ihren Nationalkongress abhält. Es wird angenommen, daß die Verhängung des Belagerungszustandes im Falle einer Carolinischen Bewegung zu einer Spaltung des Heeres führen würde, da die Hälfte mit Carol gemeinsame Sache machen würde.

Ein Sieg Tschangtschins. „Chicago Tribune“ meldet aus Peking vom 27. Oktober: Nach 12 tägiger Belagerung wurde Tschoungtschau, 40 Meilen südlich von Tschangtschins Truppen genommen. Der Einbruch ging eine schwere Beschädigung voraus. Nach Enttarnung der Tore und Mauern kam es zu schweren Einzelkämpfen, und es wird gemeldet, daß die Verluste groß seien.

Lebensmittelteuerung?

Von besonderer Berliner Seite wird zur Eingabe der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an die Reichsregierung, in der energische Maßnahmen zur Verhinderung der Preissteigerung gefordert werden, Stellung genommen. Es wird dabei die Frage gestellt, welches Material der Feststellung dieser Eingabe zugrunde lag, daß die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel wie Brot, Fleisch, Kartoffeln, Butter und Milch seit Anfang des Jahres um durchschnittlich 20 bis 25 Prozent gestiegen seien. Es wird gegenüber dieser Behauptung darauf hingewiesen, daß der vom Statistischen Reichsamt für das Reichsgebiet errechnete Ernährungsindex im Januar 1924, im Monat Juli 1923 und im September 1923 betrage. Ein Vergleich der Kleinhandelspreise in Berlin führt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes zu dem Ergebnis, daß sich die Preise für Fleisch gegenüber dem Jahresbeginn nicht wesentlich geändert haben und die Preise für Roggenbrot, Butter und Milch zwar etwas höher, daß andererseits aber die Preise für Kartoffeln und Zucker niedriger sind als im Januar dieses Jahres. In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß die Erhöhung der Kleinverkaufspreise — soweit eine solche überhaupt vorliegt — verhältnismäßig stärker ist, als die Erhöhung der Preise, die der Landwirtschaft zuzuführen und die im Großhandel verlangt werden. Da der Großhandelsindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse am 19. Oktober im Durchschnitt nur 137,6 betrug, so bleibt also gegenüber dem allgemeinen Ernährungsindex von 150,6 eine Differenz von 13 Punkten. Gegenüber dem Hinweis in der Eingabe des Gewerkschaftsindezes über die preissteigernden Wirkungen der Kartelle und Monopole wird festgestellt, daß sich die Preise auf dem Ernährungsgebiete fast ausschließlich auf dem freien Markt nach Angebot und Nachfrage bilden. Es wird davor gewarnt, aus saisonmäßig begründeten Preisschwankungen eine allgemeine Tendenz zur Steigerung der Lebensmittel herzuweisen, da durch eine solche falsche Annahme eine im Warenhandel vielleicht vorhandene Neigung gestärkt werden könnte.

Dieser Lage sind in Karlsruhe die Fleisch- und Wurstpreise ermäßigt worden. Auch in Mannheim ist, wie das städt. Nachrichtenamt mitteilt, bei einigen Lebensmitteln in letzter Zeit eine rückläufige Preisbewegung eingetreten. Nach den amtlichen Notierungen sind die Viehpreise etwas zurückgegangen; infolgedessen haben die Fleischpreise eine entsprechende Senkung erfahren, z. B. wurde der häufigste Preis für 1 Pfund Rindfleisch und Schweinefleisch um je 10 Pf. herabgesetzt. Desgleichen sind die Kartoffeln billiger geworden; während vor 8 Tagen auf dem Markt 10 Pfund Kartoffeln noch 65 Pf. kosteten, müssen die Verbraucher in dieser Woche nur 60 Pf. bezahlen. Ferner sind die Zuckerrückstände in den letzten Monaten stark abgebaut worden; der Verbraucherpreis für 1 Pfund gestohlenen Zuckers belief sich im Mai und Juni d. J. auf 41 Pf., er beträgt heute nur noch 34 Pf. Weiter haben die Großhandelspreise für Wehl gegenüber den Preisen um die Mitte des Jahres erheblich nachgegeben; dementsprechend hat erfreulicherweise der Konsumverein vom Dienstag, den 25. d. M., ab seine Brotpreise um 2 Pf. pro Laib herabgesetzt. Hoffentlich wird die Vorkommnisse dem Beispiel des Konsumvereins bald folgen.

Zentrum und Deutschnationale Volkspartei

In der Donnerstagsitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums machte der Vorsitzende, Abg. von Guérard, laut „Germania“ Mitteilung von der am 8. August abgehaltenen Besprechung mit der Leitung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion über die Begehung der fernerzeit vereinbarten Nichtlinien. In dieser Besprechung sei von den Vertretern der Zentrumskolonnen nachdrücklich Beschwerde erhoben worden gegen die herabwürdigende Art, wie von deutschnationaler Seite in der Presse und in Versammlungen die Symbole der Republik behandelt werden. Ferner halte das Zentrum eine Propaganda für die Einführung der Monarchie unvereinbar mit der starken Beteiligung der Deutschnationalen an der jetzigen Regierung der deutschen Republik.

Die Aussprache ergab, daß die deutschnationalen Führer bezüglich des ersten Punktes Reaktion der Wünsche des Zentrums zugeben, was vom Grafen von Westarp durch ein späteres Schreiben noch bestätigt wurde. Bezüglich des Begriffes „monarchistische Propaganda“ wurde ein völliges Einverständnis erzielt. Abg. von Guérard stellte aber in seinem Schlusswort nochmals die unabweisliche Auffassung des Zentrums zu dieser Frage fest. Die Fraktion nahm von diesen Mitteilungen ohne Erörterung Kenntnis und besprach dann eine durch den sozialdemokratischen Pressedienst verbreitete, nach dessen Angaben aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums stammende Veröffentlichung (Vorwärts Nr. 504, „Mit dem Bürgerblut“). Die in größerer Zahl anwesenden Fraktionsmitglieder wiesen es einmütig und mit Entrüstung von sich, an dieser Veröffentlichung irgendwie beteiligt zu sein.

Der Reichskanzler wird Samstag und Sonntag in Düsseldorf und Essen weilen, um an Tagungen der kath. Schulorganisationen und des rheinischen Zentrums teilzunehmen. Am Montag hält er voraussichtlich in München-Gladbach eine Rede für die Zentrale für Heimdienst.

Das Reichskabinett konnte sich in seiner Sitzung am Donnerstag erst in später Stunde mit der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen befassen. Infolgedessen war es nicht möglich, die Besprechung darüber zum Abschluß zu bringen. Sie wird daher in einer der nächsten Kabinettsitzungen ihre Fortsetzung finden.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag Kenntnis von einer Anzahl von Beschlüssen des Reichstages betreffend kleinere Gesetzesvorlagen, ohne Einspruch zu erheben, so daß die betreffenden Gesetze nunmehr endgültig veröffentlicht werden können. Dazu gehören u. a. das Gesetz über den deutsch-französischen Handelsverkehr, über den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Japan, über die Zuerkennung der Weine des Jahres 1927 usw. Genehmigt wurde ferner die weitere Verwendung von Süßholz zur Herstellung obergäriger Biere.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung erledigte am Donnerstag durch Übergang zur Tagesordnung den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen wegen des Flaggenerlasses des Magistrats. Der Antrag auf Übergang wurde in namentlicher Abstimmung mit 105 Stimmen der Wirtschaftspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 100 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und der Deutschsozialen angenommen.

Das polnische Münzsystem. Im polnischen Ministerrat gelangte die Verordnung des Staatspräsidenten zur Annahme, die die Änderung des polnischen Münzsystems in Ausführung des neuen Stabilisierungsplanes regelt. Nach dieser Verordnung werden künftighin folgende neue Münzen ausgegeben: Goldmünzen zu je 100, 50 und 25 Loty; die 25-Loty-Münzen erhalten den Namen Dukaten; Silbermünzen zu je 5 und 2 Loty; Nickelmünzen zu je 1 Loty und zu 50, 20, 10 und je einem Groschen. Ein Goldloty ist gleich ein Loty = 72 Groschen der alten Währung.

Die Wirtschafts- u. Finanzlage des Reichs

Dr. Curtius und Dr. Schacht im Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag die Aussprache über die Finanz- und Wirtschaftslage fortgesetzt. Darüber sprach Wirtschaftsminister Dr. Curtius. Dann betonte Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß alle Maßnahmen der Reichsbank darauf hinauslaufen, die Stabilität der Währung unbedingt aufrecht zu erhalten. Der Ausschub vertagte sich auf den heutigen Freitag.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erklärte, daß es ihm fernliege, etwa den Konjunkturpropheten zu spielen. Unsere Konjunktur hänge sozusagen in zwei Ängeln: Auf der einen Seite die Kaufkraft, auf der anderen Seite die Kapitalverfügung. Was die Kaufkraft anbelange, so glaubt der Minister, daß von dieser Seite der Konjunktur die geringste Gefahr drohe. Die Wiederannahme von fast zwei Millionen Arbeitslosen in den Wirtschaftszweigen, die Lohnerhöhungen, die Erhöhung der Beamtengehälter sichere von Seiten der Kaufkraft aus die Konjunktur noch für längere Zeit. Die Preisbewegung habe sich keineswegs geändert; sie bewegt sich im großen und ganzen nur langsam aufwärts, ebenso scheint die Depression des Auslandes, das für unseren Export in Frage komme, allmählich einer Aufwärtsbewegung zu weichen, so daß, wenn unser Export wieder stärker werde, auch das Ausland wieder lauffähiger werde. Aber auf der anderen Seite drohten Schwierigkeiten aus der Frage der Kapitalbeschaffung. Der deutsche Kapitalmarkt allein ist keineswegs mehr in der Lage, die Konjunktur zu finanzieren. Es wird auch weiterhin eine Zufuhr von Auslandskapital zur Durchführung der Aufgaben, die die Konjunktur stellt, notwendig sein. Jedenfalls scheint es unerlässlich zu sein, daß wir uns das gegenwärtige Auslandskreditvolumen erhalten. Alle Beteiligten müssen sich aber die allergroße Mühe geben, damit nicht auf dem Gebiete der Vertrauenskrise, das beim ausländischen Kredit eine große Rolle spielt, eine Krisis eintritt. Es ist selbstverständlich, daß für unsere kurzfristige und auch langfristige Verschuldung eine Vertrauenskrise die verheerendsten Wirkungen haben würde. Die Auslandsverschuldung als solche wird ihrer drohenden Gefahr entleidet, wenn man auf die ökonomischen Gründe zurückgeht, die sie herbeigeführt haben. Nach Beendigung des Ruhrkampfes bedurfte Deutschland des ausländischen Kapitalmarktes, um das zerstörte Betriebskapital wiederherzustellen. Die langfristigen Anleihen betrugen für Oktober 3,95 Milliarden, die kurzfristigen Kredite 3,6 Milliarden. In den 3,95 Milliarden Auslandsanleihen steden rund 2 Milliarden, die die Privatwirtschaft aufgebracht hat. Wenn man bedenkt, daß das Eigenvermögen der Industrie 34,2 Milliarden beträgt, so wird man zugeben müssen, daß die Auslandsverschuldung in Höhe von 2 Milliarden für die gesamte deutsche Wirtschaft verhältnismäßig gering ist. Das gleiche gilt auch für die von der öffentlichen Hand aufgenommenen Anleihen, da hinter ihnen die ganze Steuerkraft der Bevölkerung steht. Unsere Auslandskredite sind im großen und ganzen produktiv verwendet worden. Wenn immer die Gefahr der kurzfristigen Verschuldung hingewiesen wird, so muß betont werden, daß sich auch auf diesem Gebiete eine durchaus normale Entwicklung vollzieht, wenn man sie nur nicht durch eigene Krisenmacherei stört.

Die Passivität der Handelsbilanz ist eine Folge der Kapitalbewegung und nichts anderes als der Ausdruck dafür, daß wir in die Notwendigkeit verfaßt worden sind, Auslandskapital in großem Umfange aufzunehmen. Unter Annahme eines ausführlichen Zahlenmaterials erklärt dann der Minister, daß die Entwicklung unserer Exportbilanz keineswegs katastrophal ist, wie das im allgemeinen dargestellt wird. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Beratungsstelle für Auslandsanleihen und erklärte, daß augenblicklich noch Verhandlungen mit den Länderregierungen schweben, um die Richtlinien für die Aufnahme von Auslandsanleihen in sachlicher und organisatorischer Beziehung abzuändern. Die Produktivität und die Dringlichkeit der Aufnahme von Auslandsanleihen soll mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden.

Zum Schluß betonte der Minister, daß es darauf ankomme, in der gegenwärtigen Lage die Nerven zu behalten und sich allerseits in dem Ziele zu vereinen, die Entwicklung der Wirtschaft weder noch weiter anzufeuern, noch auch sie durch Paniken und Krisenmachereien zum Abstürzen zu bringen. Auch der Reparationsagenten sehe, soviel er wisse, auf dem Standpunkt, daß die Lage noch nicht kritisch geworden sei. Wir können deshalb durch gemeinsame Anstrengungen und Disziplin die Konjunktur halten.

Nach der Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius machte Reichsbankpräsident Dr. Schacht längere Ausführungen, in denen er darauf hinwies, daß die Beratungsstelle für die Auslandsanleihen nur ein Notbehelf und daß sie kein geeignetes Instrument sei, um alle aufgelauchten Probleme zu lösen. Er sei weit davon entfernt, zu leugnen, daß die Gemeinden in Deutschland große produktive Aufgaben hätten. Die Reichsbank habe sich niemals einer Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Privatwirtschaft widersetzt. Die Sperre für Auslandsanleihen war nur gedacht, um auszuprobieren, wie die Senkung der inländischen Zinssätze sich auswirkte. Der Reichsbankpräsident erklärte dann gegenüber den Befürwortern im Publikum, daß alle Maßnahmen der Reichsbank darauf hinauslaufen, die Stabilität der Währung unbedingt aufrechtzuerhalten. Dies werde auch gelingen, wenn die Reichsbank weiterhin unabhängig bleibe.

Nachdem noch einmal der Reichswirtschaftsminister kurz das Wort ergriffen hatte, eröffnete der demokratische Abg. Fischer die Aussprache.

Der Beginn der Aussprache

203. Berlin, 28. Okt. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Freitag die Debatte über die Finanz- und Wirtschaftslage fort.

Abg. Dr. Quast (Deutschn.), führte aus, die Besolungsordnung sei nur eine Folgewirkung der Lohn- und Preissteigerung. Die Löhne seien seit Dezember 1924 um 25 bis 30 Proz. gestiegen. Die Preissteigerung werde nicht viel geringer sein. Bei der Deduktion dürfe man nicht allein an die Besolungsordnung denken. Es ständen auch noch andere wesentliche Mehrausgaben aus. Die Liquidationsschäden müßten endlich geregelt werden. Auch die Kleinrentner müßten vor dem Elend geschützt werden. Die Schulden der Landwirtschaft seien zu konsolidieren. Meliorationen seien notwendig. Dr. Quast bezeichnete das Verhältnis zwischen Reich und Ländern als brennende Frage. Nicht der Föderalismus sei es, unter dem wir leiden, sondern der Dualismus zwischen Preußen und Reich. Neben den Notwendigkeiten des Wiederaufbaues trete zweifellos auch Luxus in Erscheinung, namentlich bei den Gemeinden. Dagegen sei der Lage der mittleren und kleinen Länder überaus schwierig, und eine Hilfsaktion könne nicht abgelehnt werden. Nützlich sei eine klare Aufgabenteilung zwischen Reich und Ländern und die Einordnung Preußens in den Organismus des Reiches, wie in der Bismarckschen Verfassung.

Ein neuer Generalstabschef der französischen Rheinarmee. Der Kommandant des 181. schweren Artillerieregiments, Oberst Blandard, ist zum Generalstabschef der französischen Rheinarmee ernannt worden.

Strassen für Kraftfahrzeuge

Anlässlich der Eröffnung der Ostbahn-Ausstellung in Karlsruhe findet uns ein Fachmann nachstehenden kritischen Beitrag zum Thema Autofahrten:

Für die Durchführung einer besonderen Autofahrten-Sammlung—Frankfurt—Bassel (—Genau) wurde im vorigen Jahre eine Studiengesellschaft — in der jetzt beliebten Abkürzung „Safra“ genannt, Sitz Frankfurt a. M. — gegründet, und schon wird eine weitere Autofahrten-Berlin—Leipzig—München mit einer Gesamtlänge von 668 Kilometer geplant. Ein Arbeitsausschuß soll zunächst die Ausführung dieser Fernfahrten im Rahmen des bestehenden Staatsstraßennetzes und dann erst eine solche als neue, selbständige Autofahrten untersuchen. Von allen Vertretern der beteiligten Regierungen und Städte wurde dabei einstimmig ausgesprochen, daß die Hauptaufgabe für den deutschen Straßenbau gegenwärtig in einem beschleunigten Ausbau einer widerstandsfähigen Decke der vorhandenen Straßen bestehen sollte, daß es jedoch zweckmäßig erscheine, darüber hinaus auch die Durchführungsbedingungen besonderer Autofahrten zu untersuchen.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nach Erfindung der Eisenbahnen waren ganz ähnliche Fragen zu lösen wie gegenwärtig. Es wurde nach den ersten Versuchen mit Bahnzügen auf der Landstraße ein solcher Betrieb im Hinblick auf den sonstigen Verkehr für gefährlich erachtet und deshalb den Bahnzügen ein besonderer Weg mit Schienenleisen zugewiesen. So entstanden die ebengelegten Bahnkörper, für welche sofort auch eine Einfriedigung geboten erschien mit Überwägung der Übergänge. Jetzt ist man daran, den Straßenverkehr immer mehr durch Überfahrten oder Unterfahrten den Gefahren der Eisenbahn zu entziehen. Vielfach war die Ansicht vertreten, daß dies neue Beförderungsmittel nur für Personenverkehr geeignet sei. Und wie kam es dann? Der Güterverkehr bemächtigte sich sehr bald in großartiger Weise der neuen Einrichtung und es galt fortan für Personen- und Güterverkehr die Lösung: „Darauf von der häufigen Landstraße auf den festen, ebenen Schienenweg!“ Was die Bahnen im letzten großen Kriege geleistet haben, dürfte noch in aller Erinnerung haften.

Es wurde das Auto, der Kraftwagen, erfunden, bald auch das Motorrad. Bei der vielseitigen Verwendung dieser Fahrzeuge namentlich im Kriege, nahm da, wo Bahnanlagen zerstört oder nicht mehr sicher zu befahren waren, die Pflaster- und ausgebelebte Verwendung von Autos und Motorrädern einen riesigen Aufschwung. Kein Wunder, daß nach dieser weitgehenden und schärferen Erprobung solcher Fahrzeuge Anfertigung und Benutzung in lebhaftem Wettbewerb nach dem Kriege noch mehr anwuchs. Bei den Personenwagen trat mit der Steigerung der Motorkraft die Erreichung bald fabelhafter Geschwindigkeiten ein; hat doch Major Seagrave einen Wagen gebaut mit 1000 PS und damit eine Geschwindigkeit erzielt von 200 Meilen in der Stunde, das sind 67 Meter in der Sekunde, während ein D-Bug bei uns nur 20 Meter in der Sekunde zurücklegt. Bezüglich der Lastautos ist anzuführen, daß Handel und Wirtschaft, auch Stadtverwaltungen, schon Wagen bauen lassen und benutzen, welche ganz außerordentliche Abmessungen aufweisen und sehr schwer beladen werden, oft um einen Anhängerwagen zu sparen. Die üblichen, den vorhandenen Straßenbeden und Bauwerken entsprechenden Grenzen werden dabei weit überschritten. Da mit der Motorstärke die Geschwindigkeit, selbst bei Lastautos, erheblich zugenommen hat, läßt eine erhöhte Verdienstmöglichkeit die Verkehrsebenen einen Fernverkehr herbeiwünschen; drum ertönt jetzt allgemein der Ruf: „Herunter von den sauberen und sicheren Schienenleisen wieder auf die Landstraße!“

In anderen Ländern hat der Autobetrieb rascher zugenommen wie in Deutschland. Amerika steht bekanntlich da oben; dort sind sich die Autos schon selbst oft hindernd im Wege. Aber auch wir haben schon Kraftwagen, und dadurch Sorgen genug mit der Einordnung ihres Betriebes in unsere gegebenen Verhältnisse. Schabigungen an den bestehenden Straßenanlagen durch Autos und Motorräder, jeder Art müssen auch von den Besitzern bestritten werden. Hauptächlich bestehen diese in rascherer Abnutzung der Fahrbahn wie in Verpestung der Luft durch Staub und Qualm. Staub entsteht immer wieder; denn es ist trotz aller Bemühungen noch keine Art Straßendecke erfunden worden, welche dauernd eine Staubbelästigung nicht aufkommen läßt. Bei der Autofahrten in Italien besteht nach Angabe der Straßenbedeckung aus Beton mit 0,75 Kubikmeter Steinmehl, 0,5 Kubikmeter Sand und 350 Kilogramm Zement für ein Meter Straße. Nachträglich erhielt die Fahrbahn noch einen dünnen Überzug von Bitumenemulsion und kleinen Steinen. Diese Decke soll staub- und schlammfrei sein, was aber sehr bezweifelt wird; denn wo gehobelt wird, gibt's Spähne. Kennen und Prüfungsfahrten sollten von den Autobetreibern durchgängig auf eigenem geschlossenen Gelände abgehalten werden und nicht auf den allgemein benutzten Landstraßen. Da ist es sehr zu begrüßen, daß mit dem in der Gifel bei Adenau geschaffenen Nürburg-Ring der erste Schritt getan ist.

Vorstehende Erörterungen erschienen nötig, um die Einschätzung des Rufes einer selbständigen Autofahrten zu ermöglichen. Mitte Juni traf die Nachricht ein, daß der technische Entwurf einer Autofahrtenstraße Hamburg—Frankfurt—Bassel auf der Kölner Automobilausstellung schon vorgelegt wurde. Die Gesamtlänge der Straße soll wie bei der Fernfahrten Italiens 14 Meter betragen, die Steigung höchstens 4 Proz. und die Kosten mit 300 000 RM für einen Kilometer berechnet. Ob man mit einer Breite von 14 Meter — das ist für die Geländefrage sehr wichtig — auskommen kann, ist fraglich im Hinblick auf die großen Unterschiede in der Motorstärke, wo mehrfache Überholungen durch besonders eilige Reisenden leicht denkbar sind. Auch Wendungen von der rechten über die linksseitige Fahrbahn und umgekehrt werden häufig vorkommen, da man da und dort in eine andere Verkehrsstraße einlenken wollen. Es muß dies bei nur einer Straße zu unliebsamen Störungen führen. Auf der Fernfahrten Italiens soll das Verhalten der Autos verboten sein; Defekte an den Autos werden sich aber an ein solches Verbot nicht lehren. Natürlich müssen für einen halt oder langsamere Fahrt bestimmte Zeichen und Verhaltensmaßregeln vorgegeben werden. Man kann übrigens ruhig abwarten, welche Erfahrungen Italien mit seiner Autofahrtenstraße macht und danach unsere Fernfahrten, sollte es zu einem Bau derselben kommen, einrichten.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Fernfahrten wurde schon vorgeschlagen, nebeneinander für jede Fahrtrichtung eine besondere Straße zu legen, getrennt durch einen zur Begehung und Überwachung geeigneten erhöhten, etwa ein Meter breiten, Weg. Hier soll jedoch an der dem Entwurf zugrundeliegenden Annahme von 14 Meter Straßenbreite festgehalten und lediglich der Geländeverlauf näher erörtert werden, da von dieser Frage alles andere abhängt.

In der Zahl 14 sind beiderseitige Einfriedigungen der Straße, etwa mit lebendem Gog, und die bei nur 3 Proz. zulässiger Steigung in der Ebene und 4 Proz. im Hügel- und Gebirge sich ergebenden Einschnitte mit ihren Böschungen sicher nicht eingeschlossen. Ferner müssen auch bei dieser Straße, wie bei den Eisenbahnlinien, für den landwirtschaftlichen Betrieb, für Bebauung und Räumung des

...Anstöße, neben der Straße hingehende, wenn auch nicht sehr breite Feldwege beiderseits angelegt werden. Dies kommt bei der Geländeerwerbungen mit in Frage, so daß man im ganzen mit einem, knapp gerechnet, durchschnittlich 20 Meter breiten Landstreifen rechnen muß, welcher der Kultur hinfort entzogen wird.

Von Nord nach Süd kommen durch das Land Baden allein 260 Kilometer Straßenlänge in Betracht, so daß für die selbständige, also durchweg neue Fernstraße eine Fläche von 520 Hektar erworben werden muß. In Baden, oft schon als Deutschlands Garten bezeichnet, ist sozusagen jede Scholle nützlich bepflanzt. In ganz Deutschland mit seinen nun fast beschneidenden Grenzen reicht das Kulturland zur Ernährung der Bevölkerung nicht aus. Im ganzen Reich haben wir eine Bevölkerungsdichte von 133 Menschen auf 1 Quadrat-Kilometer in Baden ist diese noch erheblich größer, auch haben wir einen Kleinbäuerlichen Betrieb (59 Proz. der Güterbesitzer mit nur höchstens 2 Hektar, 26 Proz. mit 2-5 Hektar Eigentum). Da heißt es, mit der Abgabe von Kulturland sparjam sein, werden doch gleichzeitig zur Erziehung des Volkes Landflächen gefordert, zu Flughäfen für Städte und Sportplätze für die Vereine. Die Erwerbung des Geländes für die Autofernstraße wird sich also nicht so einfach gestalten. Da die Allgemeinheit nur zu einem mäßigen Teil von den Anlagen Nutzen hat, ist es fraglich, ob eine Enteignung des Geländes durchführbar ist. Italien hat dies ja getan und von 3000 Besitzern 260 Hektar Land um 6 Millionen Lire für seine Fernstraße enteignet, aber dort ist zur Zeit manches möglich, was bei uns nicht geschehen kann.

Bei Benutzung der vorhandenen Straßen für die Fernfahrt, wie dies auch Reichsverkehrsminister Koch empfiehlt, wird eine Erwerbung neuen Geländes nicht nötig, wohl aber die Herstellung einer widerstandsfähigeren Fahrbahn, doch in etwas anderer Weise, wie die Fernstraße, da diese Straße nach wie vor auch durch Zugtiere benutzt werden, welche bei glatter Bahn nicht sicher ausgreifen könnten.

Was den Güterfernverkehr anlangt, so kann man nur wünschen, daß dieser am besten der Eisenbahn bzw. auch da und dort dem Wasserweg verbleibe. Seitdem glücklicherweise eine Bahn-Wagengemeinschaft zustande kam, wodurch die Mitführung toter Lasten tunlichst ausgeschlossen bleibt, wurde die Güterbeförderung wesentlich verbilligt. Durch den Anschluß der Lastautos von der Fernstraße würde auch die Unterhaltung der Fahrbahn nicht mehr so teuer sein, da diese hauptsächlich durch die schweren Lasten sehr angegriffen wird. Die Verteilung der Güter von den Stapelplätzen wird dagegen stets den Lastautos verbleiben.

Da das Flugwesen nach den neuesten glänzenden Erfolgen sicher einen großen Aufschwung nehmen wird und außer den, wohl noch für Gras- und Heumutzung tauglichen Flughäfen keine einschneidenden Anforderungen an die Allgemeinheit gestellt werden, kann man erwarten, daß Leute, die eine eilige Reise unternehmen müssen oder auch nötig zu haben glauben, auf weitere Entfernungen das Flugzeug benutzen werden. Die Sicherheit einer solchen Reise wird zusehends größer, und für Bequemlichkeit in jeder Weise gesorgt. Die Luftreise ist ja noch etwas teuer, doch kann ein Autobesitzer, der in die Ferne reisen möchte, sich eine solche Ausgabe schon leisten. Vielleicht hören wir bald den Ruf: „Von der fernen Landstraße herauf in die freie und hindernislose Luft!“

Die Todesstrafe

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages führte am Donnerstag bei der fortgesetzten Debatte der D. Dr. Kahl (Dt. Vpt.) aus: Ich bin kein glühender, noch weniger begeisterter Anhänger der Todesstrafe. Die Frage ist eine Frage der geschichtlichen Entwicklung und der Evolution. Andererseits muß ich es auf das Bestimmteste ablehnen, daß diese Frage als eine Kulturfrage behandelt wird, und daß man als Träger der Barbarei bezeichnet wird, wenn man heute noch Anhänger der Todesstrafe ist. Für mich ist die ganze Frage eine Frage der Zweckmäßigkeit, gemessen an dem Maßstabe des Gemeinwohles. Soll man es verantworten können, daß der Staat schon heute auf das äußerste Strafmittel in äußersten Fällen verzichtet? Der Stand der Kriminalität ermöglicht oft nicht, jetzt für den Verzicht auf dieses äußerste Strafmittel einzutreten. Gegen den Vorschlag an Leuten unter 21 Jahren habe ich bereits gesprochen.

Reichsjustizminister Vögler begründet den Vorschlag, die Todesstrafe für das Verbrechen des Mordes beizubehalten. Es handelt sich um die Frage, ob die Zeit gekommen ist, auf dieses Strafmittel zu verzichten. Ein solcher Entschluß beruhe schwerste Verantwortung in sich. Man dürfe ihn nur fassen, wenn man sicher sei, daß die Abschaffung der Todesstrafe nicht zu einer Steigerung der Mordtaten, nicht zu einer Vernichtung des Lebens Unschuldiger führe. Die Gegner der Todesstrafe seien daher verpflichtet, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Todesstrafe keine abschreckende Kraft habe. Aus der Statistik für Deutschland gehe unzweifelhaft hervor, daß man bis in die neue Zeit hinein in der Praxis der Vergeltungen in einer Reihe von Fällen den Vorschlag der Todesstrafe für unerlässlich erachtet hat. Aber auch vom Standpunkte der gerechten Vergeltung und der Sühne sei die Todesstrafe zur Zeit nicht entbehrlich. Zur Zeit müsse man sich damit begnügen, die starke Strafanforderung des geltenden Gesetzes, wonach bei Mord unbedingt auf Todesstrafe erkannt werden muß, durch Zulassung mildernder Umstände zu mildern. Daneben werde auch in Zukunft das Gnadengericht fortbestehen, dessen Handhabung schon unter der Herrschaft des geltenden Rechtes jede Gewähr dafür biete, daß die Vollstreckung eines Todesurteils nur in den aller schwersten Fällen und nur da erfolge, wo jede Gefahr eines Justizirrtums nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen sei.

Preußischer Ministerialrat Schäfer gibt ein Statistisches über Justizirrtümer. In den letzten acht Jahren sei 51 Personen eine Entschädigung wegen Justizirrtums gewährt worden. Darunter sei nur in vier Fällen auf Zuchthaus erkannt gewesen.

Die Verhandlungen über den Anschluß Waldecks an Preußen haben zu einer Einigung in den grundsätzlichen Fragen geführt. Der Anschluß soll auf den 1. April 1929 erfolgen.

Die Gewerkschaften und die italienischen Arbeiter. In Paris hat eine auf Anregung der Gewerkschaftsinternationale einberufene Konferenz begonnen, die die Mittel suchen soll, der italienischen Gewerkschaftsbewegung zu Hilfe zu kommen und die gewerkschaftliche Arbeitstätigkeit unter den im Auslande lebenden italienischen Arbeitern sicherzustellen. Deutschland ist durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Bauarbeiter, Pajlow, vertreten.

Das Schulgesetz im Ausschuss

Im Bildungsausschuß des Reichstages teilte am Donnerstag ein Vertreter des Reichsinnenministeriums mit, daß eine Erklärung über die Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs in den nächsten Tagen nach Verständigung mit dem Innenministerium erfolgen werde.

Abg. Dr. Kuntze (D. Vp.) erklärte, daß er im wesentlichen auf dem Boden der preussischen Anträge stehe. Der geordnete Schulbetrieb sei mit der Bildung von Zergeschulen vereinbar. — Abg. Dr. Spahn (Deutsch.) bezeichnet den Entwurf als ein Kompromiß. Die preussischen Vorschläge müsse er ablehnen. — Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) verwahrt sich gegen den Vorwurf der Verfassungsverletzung. Das Zentrum lasse Weimar nicht schmähen. Es stehe treu zur Verfassung. — Abg. Schulz (Soz.) erklärt, daß kein Zweifel bestehe, daß die Weimarer Verfassung bewahrt und gewollt die Simultanschule als Regelschule erkläre.

Der Londoner Feingolddreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 26. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7456 pence.

Badischer Teil

Zinssätze der badischen Sparkassen

Der Badische Sparkassen- und Giroverband schreibt uns: Die badischen Sparkassen sind trotz der am 10. Juni d. J. erfolgten Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes mit ihren Zinsen nicht hinausgegangen, weil sie wieder wie in der Vorkriegszeit, auf mögliche Stabilität des Zinsfußes bedacht sind. Seit dem genannten Zeitpunkt haben sich aber die Verhältnisse auf dem Geldmarkt weiter verschärft, und die am 4. Oktober 1927 eingetretene abermalige Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank hat dazu geführt, daß heute bei den privaten Geld- und Kreditinstituten Zinssätze von 8 bis 9 Prozent für Spareinlagen üblich sind. Die Sparkassen, die selbst nur ein Glied in der allgemeinen Wirtschaft sind, sehen sich unter diesen Umständen, wenn auch nur ungern, und erst nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse, gezwungen, nunmehr ebenfalls mit ihren Zinssätzen etwas in die Höhe zu gehen.

Die vom Badischen Sparkassen- und Giroverband zur künftigen Anwendung empfohlenen Normalzinssätze sind folgende: A) Kreditsätze: 1. für Hypothekendarlehen 8 bis 9 Prozent, 2. für Kontokorrentkredite sowie Schuldschein- und Lombarddarlehen 9-10 Prozent. B) Kassinzinssätze: 1. für Giro- und Scheckeinlagen sowie für Kontokorrentguthaben 4 bis 5 Prozent, 2. für Spareinlagen 6-7 Prozent.

Neue Verhandlungen in der Donauverfaltungsfrage

Im Verwaltungsausschuß des württembergischen Landtags erklärte Innenminister Wolf auf Anfrage aus der Mitte des Ausschusses bezüglich des Standes der Donauverfaltung, daß die württembergische Regierung die Absicht habe, mit Baden in neue Verhandlungen einzutreten.

Aus der Landeshauptstadt

Autofraße Hansstadt-Basel. Die Ausstellung der Entwurfsarbeiten für die von der Haftraba projektierte Autofraße Hansstadt-Basel, die am Sonntag, den 30. Oktober, im Obergeschoss des städtischen Ausstellungsgebäudes in Verbindung mit einem im Konzerthausaal stattfindenden Vortrag des 1. Vorsitzenden der Haftraba, Geh. Regierungsrat Professor Oden an der Technischen Hochschule in Hannover, eröffnet werden soll, umfaßt neben bildlichen Darstellungen das gesamte Planwerk über die im ganzen über 880 Kilometer sich erstreckende Straße. Die Pläne sind in 45 geschmackvoll ausgestatteten Bänden geordnet. Jeder Band enthält eine Strecke von etwa 20 Kilometer. Die Kosten sind für jede Teilstrecke gesondert nach den 6 Titeln: Grubenwerb, Erdbewegung, Bauwerke, Straßenbefestigung, Betriebsanlagen und insgesamt, ermittelt. Die ausführlichen Unterlagen sind in jeder Mappe enthalten. Mit der Ausstellung verfolgt die Haftraba den Zweck, das Problem der Autofraße so darzustellen, daß es nicht nur beredt, sondern auch geprüft werden kann. Dabei wird kein Anspruch darauf erhoben, daß die vorgeschlagene Linie die einzig mögliche Lösung darstellt. Die Grundlage der Arbeit der Haftraba beruht in dem jetzigen Stadium der Entwicklung auf der persönlich individuellen Erfassung des Baugedankens, wobei rein örtliche Interessen naturgemäß ausgeglichen werden müßten, um den Entwurf nicht von vornherein zu belasten.

Kurze Nachrichten aus Baden

ibid. Wertheim, 27. Okt. Auf dem Hofgut Langenell bei Biefenbach ist Prinzessin Pauline zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, die Gemahlin des vor zwei Jahren verstorbenen Prinzen Alfred, der eine Reihe von Jahren Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer war, gestorben.

D3. Sigmaringen, 27. Okt. Die in der Erlöserkirche zu Sigmaringen auf einer Estrade aufgebahrte Leiche des Fürsten Wilhelm v. Hohenzollern wurde heute vormittag in der Familiengruft, die sich in der Kirche befindet, feierlich beigesetzt. An der Trauerfeier nahmen u. a. teil: der frühere deutsche Kronprinz, der frühere König August von Sachsen und der frühere Kronprinz Ruprecht von Bayern.

1. Sinfoniekonzert des Heidelberger Bachvereins

Das Heidelberger Musikleben, in der Vorkriegszeit zu besonderer Entfaltung gebracht unter Philip Wolfrum, der u. a. vor allem Regers' Schaffen eine liebevolle Pflege angedeihen ließ, und nach der Revolution noch einmal zu kurzer Blüte erhoben durch Prof. Clemens Krauß (Frankfurt), solange dieser die jährlichen Winterkonzerte leitete, hat die kommende Saison (eben mit einem bedeutenden Auftakt begonnen. Erfolgreich daran für Karlsruhe und zugleich ein triftiger Grund, während auch hier davon Kenntnis zu geben, ist die Tatsache, daß wie neulich in Pforzheim, so wiederum am Neckarstrand in erster Linie es Generalmusikdirektor Josef Kreis war, dem das Publikum in der dichtbesetzten Stadthalle jubelte. Dem nicht nur ist im glanzvollen crescendo der äußeren Laufbahn, die dem jungen Dirigenten anscheinend bevorsteht, gerade ein Erfolg vor immerhin verdienstvollen Universtitätsreisen — kein Geringerer als Furtwängler nennt z. B. sich seit dem sommerlichen Beethovensfest ihr Ehren doktor! — wichtig genug, solche spontane Anerkennung wirkt ebenso günstig auf das Institut zurück, an dem er ständig tätig ist, und erhöht somit das Ansehen des badischen Landesbühnen zweifelslos um ein beträchtliches Maß.

Am noch etwas eingehender den Verlauf des Abends, der die Konzerte der Stadt Heidelberg und des Bachvereins eröffnete, zu skizzieren, so ist wohl zunächst zu bemerken, daß in dem nur bei den Streichern durch Karlsruhe Hilfskräfte wesentlich verstärkten Städt. Orchester der Dirigent einen Instrumentalkörper vor sich hatte, der während der letzten Monate meist im Freien konzertiert hatte. Wenn man trotzdem den Eindruck einer verhältnismäßig guten Verfassung gewann, so bezeugt das deutlich, mit welchem Fleiß schon in der Probearbeit alle Schwierigkeiten des Konzerts überwunden und einige andre durch dieser Sommerbeschäftigung zwangsläufig bedingte Nachlässigkeiten ausgemerzt worden waren. Gleich Schuberts letzte Sinfonie in C-Dur, die wir vor kurzem ja auch hier hörten, überraschte durch recht sorgfältige Sphärierung und plastische Darstellung. Weit besser noch trat

die erstaunliche Verbollkommnung des Apparates bei der vierten Sinfonie (E-Moll) von Brahms in Erscheinung, so wohl was den maßellos einheitlichen Strich der Geigen angeht, wie auch bezüglich der Bläser, die äußerst distinkt und kultiviert ihre eigene Stimme erhoben. Daß unter dem zielbewußten Taktstock darüber hinaus innere Verbundenheit hergestellert und einheitlicher Kontakt gewahrt wurden, kam dem Werk, das man sonst leicht akademisch trocken empfindet, sehr zu flatten. Es erlebte in der Tat eine selten großzügige, geradezu neuwertige Wiedergabe. Als Solistin wirkte übrigens ebenfalls eine Karlsruher Künstlerin mit; Mary von Ernst sang zwei der schwierigsten Szenen ihres Repertoires, erst aus der „Entführung“ eine Konfanz-Arie, sodann die Zerbinietta-Arie aus Straußens „Ariadne“. Auch ihre gesangstechnisch außerordentliche Leistungen weckten allgemeine, wiederholt lebhaft Zustimmung.

Badisches Landesbühnen. In der Reihe der diesjährigen Klassiker-Neueinstudierungen folgt auf Shakespeare und Kleist am Samstag, den 29. Oktober, Friedrich Schiller mit seiner „Braut von Messina“ in der Inszenierung des Intendanten Dr. Waag. Das Werk ist durchaus neu besetzt mit den Damen Vertram und Ermarth, wie den Herren Hiel und Zeitge in den vier tragenden Rollen, ebenso auch in den wichtigen Figuren des Chors mit den Herren Dahlen, Gemmecke, Herz, Koble, Schulze, von der Trend und — in den übrigen Aufgaben — Graf und Ritter. — Die Bühnenbilder schuf Torsten Hecht, die Kostüme Margarete Schellenberg.

Deutsche Kammermusik Baden-Baden 1928. Für die „Deutsche Kammermusik Baden-Baden 1928“ (die früheren „Donauwälder Kammermusikaufführungen“) können Kompositionen bis 1. Februar eingereicht werden. Zur Einfindung in Betracht kommen: Kammermusikwerke jeder Gattung und Besetzung; Werke für Orgel, Solo- und Choralintanzen mit Orgel oder Kl. Orchester; Filmmusiken; keine musikalische Bühnenwerke. Nähere Auskunft gibt die „Deutsche Kammermusik“, Städt. Musikdirektion Baden-Baden, Seiner. Burkard, wohin alle Einfindungen zu richten sind.

Bekanntmachung.

Anstellung eines Stadtkassenbeamten.

Für einen alsbaldigen Eintritt wird ein zweiter Beamter für die Stadtkasse Gaggenau gesucht. Derselbe muß alle bei der Stadtkasse vorkommenden Arbeiten selbstständig erledigen können und alle Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeinde-rechnungsordnung beherzigen. Die Vergütung ist nach Gruppe VII des Staatstaxihs vorgesehen. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Angaben über die Vorbildung, sind unter Beifügung von Zeugnissen bis längstens 5. November d. J. anher einzureichen.

Gaggenau, den 27. Oktober 1927.

Der Bürgermeister:
Schneider.

Reinigung der Diensträume der polizeilichen Meldestelle.

Wegen Reinigung der Diensträume bleiben die polizeiliche Meldestelle und das Rathaus am

Montag, den 31. Oktober 1927

geschlossen.

2.820

Karlsruhe, den 29. Oktober 1927.

Q.3.132


Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Wir zeigen hiermit die Eröffnung unserer Filiale
Waldstrasse Nr. 46
(zwischen Pfallenen- und Solfenstrasse)
an und laden zu deren Besichtigung freundlichst ein.

Oegründet 1901

Spezial-Geschäft feiner
Stahlwaren
Alpaka- und Silberbestecke
Geschenkartikel
Feinschleiferei und Reparatur-Werkstätte

Kaiserstr. Nr. 88 **Geschw. Schmid** **Telefon 3394**



Steinlieferung

für den Rheinbau.

Das Rheinbauamt verfügt die freie Lieferung von insgef. 4300 t Rheinbausteinen I. u. II. Klasse gemäß Verordnung des Fin.-Min. vom 27. 7. 22. Lieferungsbedingungen werden nicht abgegeben u. liegen während der üblichen Dienststunden beim Bauamt zur Einsicht auf. Angebotsborudre werden an Bewerber abgegeben. Angebote sind verschlossen und postfrei mit Aufschrift „Steinlieferung“ versehen bis spätestens 12. Nov. 1927, vormittags 10 Uhr, im Geschäftszimmer des Bauamts, Offenburger, Wilhelmstraße 2 abgegeben. Zuschlagsfrist 1. Dezember 1927.

Rheinbauamt.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes hatten wir auch gestern fortgesetzt heiteres und mildes Wetter. Ein Teilwirbel der im Norden vorüberziehenden Rette von Tiefdruckwirbeln bringt über England in etwas nördlicherer Bahn vor, so daß wir morgen hauptsächlich in den nördlichen Landesteilen mit Bevölkerungszunahme rechnen müssen, während Südbaden unter Föhnneinfluß voraussichtlich noch heiteres Wetter behalten wird. Wettervorhersage für 29. Oktober: Nordbaden zeitweise wolfig, sonst keine wesentlichen Änderungen.

Verschiedenes

Zum Untergang der „Mafalda“
 Erheben sich scharfe Kritiken über die Führung des Dampfers. Die Rettungsboote seien zwei Stunden zu spät ausgelegt worden. Auf dem Dampfer brach infolge der Kessel-explosion eine Panik aus. Schließlich gelang es dem Kapitän, dessen heroische Haltung von allen gepriesen wird, die Passagiere zu beruhigen. Die „Mafalda“ schwamm dann noch 2 1/2 Stunden und ging dann um 8.40 Uhr unter. Das elektrische Licht versagte sofort nach der Explosion. Als die Rettungsboote angekommen waren, richteten sie die Scheinwerfer auf das Wasser, so daß die Befahrung der Rettungsboote die Ertrinkenden bergen konnten. Ein Rettungsschiff machte direkt neben der „Mafalda“ fest, um die Übernahme der Passagiere zu beschleunigen, mußte aber später die Haltaupe schnell durchschneiden, um zu verhindern, daß es mit in die Tiefe gezogen würde. Der Kapitän wurde zuletzt auf der Kommandobrücke gesehen. Als die „Mafalda“ umschlug, rief er: „Es lebe Italien!“ Er soll umgekommen sein.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 29. Oktober bis 8. November

a) Im Landestheater:
 Samstag, 29. Okt. * C 7. Th.-Gem. 801-900 u. 1001-1100. Neueinstudiert: Die Braut von Messina von Schiller. 8-10 1/2 (5.-).
 Sonntag, 30. Okt. Nachmittags: Außer Riete: Sylvia. Ballett von Delibes. 3 bis 5 (3.-).
 Abends: * B 7. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Die verkaufte Braut. Komische Oper von Smetana. 7 1/2 bis n. 10 (8.-).
 Montag, 31. Okt. Volksbühne 2. Florian Geier. Tragödie des Bauernkrieges von Hauptmann. 7 1/2-10 1/2 (5.-).
 Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Dienstag, 1. Nov. (Allerheiligen). Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Der Evangelistmann. Musikalisches Schauspiel von Kienzl. 7 1/2-10 (3.50).
 Mittwoch, 2. Nov. * E 7. Th.-Gem. 2. S-Gr. Die Braut von Messina von Schiller. 8-10 1/2 (5.-).
 Donnerstag, 3. Nov. * D 8 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 1801-1400. Viel Lärm um Nichts. Lustspiel von Shatepeare. WBSGr. 7 1/2-10 (5.-).
 Freitag, 4. Nov. * F 8 (Freitagniete). Th.-Gem. 1201-1800. Ariadne auf Naxos. Oper von Richard Strauß. (Ariadne: Lilly Hafgren a. G.). 8-10 (7.-).
 Samstag, 5. Nov. * B 8. Th.-Gem. 1-100. Zum erstenmal: Zwölfstausend. Schauspiel von Frank. 8-10 (5.-).
 Sonntag, 6. Nov. Nachmittags: Außer Riete: Ein besserer Herr. Lustspiel von Hafenclever. 3 bis 5 (3.-).
 Abends: * G 7. Th.-Gem. 3. S-Gr. (2. Hälfte). Der fliegende Holländer. Oper von Richard Wagner (Senta: Lilly Hafgren a. G.). 7 1/2-10 (8.-).
 Montag, 7. Nov. Volksbühne 2. Florian Geier. Tragödie des Bauernkrieges von Hauptmann. 7 1/2-10 1/2 (5.-).
 Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Dienstag, 8. Nov. * A 8. Th.-Gem. 140-1550. Tiesland. Musikdrama von d'Albert (Martha: Lilly Hafgren a. G.). 8-10 1/2 (7.-).
 b) Im Stadt. Konzerthaus:
 Sonntag, 30. Okt. * Spiel im Schloß. Anekdote von Molnar. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (4.20).
 Sonntag, 6. Nov. * Spiel im Schloß. Anekdote von Molnar. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (4.20).

c) In der Stadt. Festhalle:
 Montag, 7. Nov. 2. Volkskonzertkonzert. 8-10 (3.-).
Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters
 Freitag, 4. Nov., abends 6.15 Uhr: Dramaturgische Funktion.
 Umtausch für Inhaber von Hochheften Samstag nachmittags 3 1/2-5 Uhr.
 Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.
 Die 3. Rate für Plakette (Novemberrate) kann vom 31. Oktober bis 4. November an der Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters einbezahlt werden. — Hauseinzug vom 5. November ab.

**Staatsanzeiger
 Personeller Teil
 Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefetzungen usw.
 der planmäßigen Beamten**

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
 Die Polizeioberwachmeister Adam Schäfer in Karlsruhe, Karl Kraus in Freiburg und Edwin Schwarzwalder in Mannheim zu Polizeikommissären.
Berufen:
 Verwaltungsobersekretär Josef Servatius beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Bruchsal.
Justizministerium
Zugelassen:
 Rechtsanwalt August Wielandt nach Verzicht auf seine Zulassung beim Amtsgericht Schönnau und unter Aufrechterhaltung seiner Zulassung beim Landgericht Waldshut beim Amtsgericht Schopfheim.
Berzichtet:
 Rechtsanwalt Dr. Ernst Lenz auf seine Zulassung beim Landgericht Mannheim.
Ernannt:
 Landgerichtsrat Othmar Wöhlgemuth in Konstanz zum Oberlandesgerichtsrat; die Staatsanwälte Wilhelm Hall in Offenburg zum Landgerichtsrat daselbst und Felix Weis in Mannheim zum Amtsgerichtsrat in Wolfach; die Gerichtsassessoren Alfred Weiler und Hans Dirschbrunn zu Staatsanwälten, ersterer in Karlsruhe, letzterer in Pforzheim.
Berufen:
 Landgerichtsrat Eugen Freiberger Mäder von Diersburg in Offenburg nach Konstanz, Amtsgerichtsrat Rudolf Schneider in Wolfach nach Bühl, Staatsanwalt Helmuth Holland in Pforzheim nach Offenburg, Justizassistent Karl Dug beim Landgericht Konstanz zum Amtsgericht daselbst und Aufseher Heinrich Kramer beim Bezirksgefängnis Durlach zum Bezirksgefängnis II in Karlsruhe.
Entlassen auf Ansuchen:
 Die Kanzlistinnen Anna Hafensuß geb. Birkenmeyer beim Amtsgericht Freiburg und Erna Henninger geb. Späth beim Notariat Karlsruhe.
Gestorben:
 Landesökonomierat Robert Gaeder in Freiburg.

Unübertroffen ist unser System

Teilzahlung für jedermann

spielend leichte Abzahlung, sofortige Mitnahme der Ware

Herren- und Damen-Kleidung

für Herbst und Winter

Wir bringen
Herren-Paletots, Ulster und Anzüge sowie
Damen-Mäntel, Damen-Kleider und Damen-Hüte zu billigsten Preisen
 Sie kaufen bei uns zu gleichen Preisen wie jeder barzahlende Kunde

Confektionshaus
HIRSCHEN
 G. m. b. H.
 Karlsruhe, Kaiserstr. 95

Preiswerte Weine

Weiße Weine	Rotweine
Weyherer Altenforst 0,95 RM	Dürkheimer Rotwein 0,85 RM
Oppenheimer Goldberg 1,00 "	Feuerberg 1,00 "
Wintringer Kleinberg 1,10 "	Königsbacher 1,10 "
Liebfrauenmilch 1,25 "	Ruppertsberger 1,25 "
Winscheringer 1,25 "	Kalterer See Auslese (Tiroler) 1,50 "
Hambacher Schloßberg 1,80 "	Beaujolais 1,80 "
Lieserer 2,00 "	St. Esteph 1,95 "
St. Martiner 21er 2,25 "	Malaga Gold 1,60 "

Deutscher Weinbrand 1/1 Flasche 3,80 RM, 1/2 Flasche 2,00 RM
Einmaliges Angebot in Likören
 1/1 Fl. 3,20 RM, 1/2 Fl. 1,95 RM — (Bergamotte Maraschino, Kräuterbitter, Pfefferminz, Abtei, Curacao-Orange und Prunelle)

Feinkostzentrale BROGLI

Telephon 6640 Kaiserstraße 159 Eingang Ritterstr.
 Lieferung frei Haus

„Thalysia“ Alleinverkauf nur Kaiserstr. 32
 Normal-Schuße Büstenhalter Reform-Haarsch
 Bleibe nur Qualitätsware



An
Allerheiligen, den 1. November 1927
 bleiben unsere sämtlichen Kassen und Büros
geschlossen

Badische Bank
 Badische Girozentrale
 Baer & Eland
 Darmstädter u. Nationalbank Filiale Karlsruhe
 Veit L. Homburger

Rheinische Creditbank
 Filiale Karlsruhe und Depositenkassen
 Straus & Co.
 Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G.
 Filiale Karlsruhe und Depositenkasse

Das Werden der Alpen

Eine erdgeschichtliche Einführung von L. Kober

Dieses Buch gibt ein geschlossenes und sehr anschauliches Bild der erdgeschichtlichen Vorgänge. Über der Schilderung gewaltiger Erdumwälzungen, die keinerlei geologische Fachkenntnisse voraussetzen, liegt etwas von der Stimmung des Hochgebirgswanderers, die das reichbebilderte und schön ausgestattete Werk zu einer spannenden und vorzüglichen Einführung in die neuesten Ergebnisse der Alpenforschung macht.

IV, 89 Seiten mit 24 Abb. und 3 Tafeln
 Preis broschiert 3,90 RM gebunden 4,50 RM

Das ganze Werk ist auf Kunstdruckpapier gedruckt

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Herr oder Dame

bei hohem Verdienst für Verkauf gefucht. Bewerbungen von verkaufstüchtigen Kräften unter G. 833 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.



Badisches Landestheater

Samstag, 29. Oktober 1927
 C 7 Th.-Gem. 801-900 und 1001-1100
 Neu einstudiert:
Die Braut von Messina von Schiller
 In Szene gesetzt von Dr. Hans Baag

Isabella	Ermarth
Ramuel	Hiel
Cesar	Beitram
Beatrice	Bertoni
Cajetan	Schulze
Berengar	Herz
Kaufred	b. d. Trend
Bohemund	Dahlen
Roger	Kloeb
Gipolyt	Gemmede
Diego	Höder
Boten	Geaf
	Preiter

Anfang 8 Ende 10 1/2
 I. Rang und I. Sperrsitze 5 RM

So. 30. Okt., nachmittags: Sylvia; abends: Die verkaufte Braut. Im Konzerthaus: Spiel im Schloß.

Vorsicht Damen

bei Einkauf von Korsett-Ersatz
 Warum das — Risiko — eines Bezuges von außerhalb?
 Sie finden die besten Spezialitäten auf diesem Gebiete hier und haben den Vorteil der Anprobe

für Hängeleib **für operierten Leib**
für starke Damen **für Umstandsformen**

eignen sich in vollendetster Weise meine Spezialartikel:
Reca — Kalasiris — Recaleibbinde — Heragürtel
 seit Jahren bewährt und ärztlich empfohlen!
Büstenhalter — Leibchen — Hüftgürtel — Strumpfhaltorgürtel
 erstklassig in Sitz und Material.

REFORMHAUS NEUBERT jetzt Karlsruhe 29a

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit
 L. 817. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hans Behre in Karlsruhe ist weiterer

Prüfungstermin bestimmt auf: Freitag, den 25. Nov. 1927, vorm. 10 Uhr, Zimmer 262.
 Karlsruhe, 24. 10. 1927.
 Gerichtsschreiber
 Bad. Amtsgericht A I.